

2010-10-11

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die
Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 23.09.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Rumpf, Frank

Mau, Hans-Joachim

Anwesend bis TOP 6.8
Anwesend ab TOP 6.9,
Vertretung für Herrn Trocha

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert
Dreibrodt, Hans-Peter

Vertretung für Herrn Laue
Anwesend bis TOP 7.2

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Anwesend bis TOP 7.1,
Vertretung für Herrn Prof. Dr. Schmidt

Fraktion der FDP

Maloszyk, Rainer

Vertretung für Herrn Dr. Neubert

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, angemerkt, dass die Beschlussvorlage im Tagesordnungspunkt 6.4 „Maßnahmebeschluss Mosigkauer Schlosskinder“ (DR/BV167/2010/V-51) vom Einreicher zurückgezogen wurde, da keine Bestätigung in der OB-Dienstberatung erfolgte. Zur Begründung führte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, an, dass die Planung der Maßnahme nochmals geprüft werde.

Seitens **Herrn Maloszyk, Fraktion der FDP**, wurde der Antrag gestellt, die Beschlussvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 6.10 „Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die Straßenbaumaßnahme Ostrandstraße 3. BA Zweite Muldebrücke“ (DR/BV/326/2010/VI-66) wegen der notwendigen Klärung der Befangenheit einiger Stadträte von der Tagesordnung zu nehmen.

Da die Befangenheit durch das Rechtsamt zu bewerten und dies nicht Gegenstand der heutigen Beschlussfassung sei, votierte **Herr Schönemann** für die Behandlung beider Vorlagen, um einer Vermischung der Themenstellungen vorzubeugen.

Da die Interessen Dritter berührt seien, stellte **Herr Mau, Fraktion der CDU**, den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7.1.1 „Standort ehem. Junkalor, Altener Straße“ im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Zur heutigen Sitzung seien Vertreter dieser Interessen anwesend, so **Herr Schönemann**. Bei Nachfragen könne man Gelegenheit zur Erläuterung einräumen. Er schlug vor, sich heute in der Sache zu verständigen.

Die Nachfrage des **Herrn Mau**, ob man heute über die Verlängerung des Moratoriums zu entscheiden habe, wurde durch **Herrn Schönemann** verneint. Man werde sich über die weitere Vorgehensweise zur Entscheidungsfindung verständigen.

Herr Maloszyk und **Herr Mau** zogen ihre Anträge zur Änderung der Tagesordnung zurück.

Weitere Ergänzungs- oder Änderungsanträge wurden nicht vorgebracht, die Tagesordnung wurde in der geänderten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 12.08.2010

Zum Protokoll der Sitzung am 12.08.2010 wurden durch **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, unter Bezugnahme auf den Pkt. 5.1 „Bericht zur Arbeit des Quartiersmanagement Soziale Stadt – Dessauer Innenstadt“ auf der Seite 4 die durch Herrn Schmidt zugesicherte schriftliche Beantwortung seiner Anfrage nachgefragt.

Man habe mit Postausgang vom 14.09.10 auf die Anfrage geantwortet, erklärte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Den Ausgang des Schreibens werde man nochmals Prüfen, ergänzte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Weitere Anmerkungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 12.08.2010 erfolgten Informationen zur „Vergabe von Bauleistungen - Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Gymnasium "Philanthropinum" Dessau-Roßlau, Vergabe-Nr. 55/2010 - Los 2 – Dach, Vorlage: DR/BV/269/2010/VI-65“.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 125 "Große Lobenbreite" Vorlage: DR/IV/066/2010/VI-61

Einführend erklärte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass die Vorlage dem Ortschaftsrat Kleinkühnau zur Kenntnis gegeben wurde und Bestätigung fand. Im weiteren Verfahren erfolge nun nach Bestätigung durch den Ausschuss die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, der Behörden und der Träger öffentlicher Belange.

Durch **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wurde darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Bezeichnung der Straßen im Planwerk des Vorentwurfs eine Korrektur der Bezeichnung „Kühnauer Straße“ in „Hauptstraße“ vorzunehmen sei.

Der Bitte des **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, nach der Darstellung aller Einfamilienhaus-Gebiete im Stadtgebiet, werde man nachkommen, so **Herr Schmidt**. Diese Information sei bereits in Bearbeitung.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 200 "An der Birkenallee"

Vorlage: DR/BV/237/2010/VI-61

Einführend erklärte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass die Vorlage durch den Ortschaftsrat Roßlau bestätigt wurde. Dem Stadtrat werde nun zum Abschluss des Verfahrens der Satzungsbeschluss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.2. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet B1"

Vorlage: DR/BV/346/2010/VI-61

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.3. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für das Vorhaben: Errichtung und Betrieb einer Geflügelanlage zur Haltung von 37.500 Elterntieren im OT Brambach

Vorlage: DR/BV/343/2010/VI-61

Einführend wies **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf das negative Votum des Ortschaftsrates Brambach hin. Er erläuterte das Verfahren sowie die Begründung und stellte zusammenfassend fest, dass keine Belange erkennbar seien, die dem Vorhaben entgegenstehen würden. Eine Alternative zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens bestehe nicht.

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde an einem Beispiel auf drohende Schadenersatzansprüche hingewiesen, falls das gemeindliche Einvernehmen versagt werde.

Beeinträchtigungen für die Ortslagen Brambach und Rietzmeck seien für ihn nicht erkennbar, so **Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**.

Dies sei auch seine Meinung, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Trotzdem müsse man die Argumente des Ortschaftsrates anhören.

Aus den Diskussionen des Ortschaftsrates informierte **Herr Schmidt**, dass für die Ablehnung keine Begründungen angeführt worden. Beeinträchtigungen durch die Ansiedlung wurden in der Lebensqualität gesehen.

Das Votum des Ortschaftsrates könne man nicht leichtfertig abtun, argumentierte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, es habe oberste Priorität in der Beurteilung. Er verwies auf den Punkt 3 der Begründung: „...wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen. ...“. Vorschnelle Entscheidungen dürfe man nicht fassen, hier sei der Ortschaftsrat zu überzeugen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, schlug vor, sich heute zu vertagen, um den Ortschaftsrat vor der Entscheidung anzuhören.

Mit dem 02.10.2010 wies **Herr Schmidt** auf die Fristsetzung zur Erteilung des Einvernehmens hin.

Unter diesem Gesichtspunkt äußerte **Herr Schönemann** die Bitte, entsprechende Vorlagen mit dem notwendigen zeitlichen Vorhaltewinkel einzureichen.

Er sehe hier Parallelen zur Beschlussfassung über die Biogasanlage in Roßlau, so **Herr Dreibrodt**.

Mit Verweis auf die vorangegangenen Ausschusssitzungen wäre eine andere Fristsetzung möglich gewesen, stellte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, fest. Die Möglichkeit, die Argumente des Ortschaftsrates anzuhören, müsse gegeben sein.

Zu prüfen wäre, nach Meinung von **Herrn Otto**, eine aufschiebende Wirkung mit dem Landesverwaltungsamt zu erreichen. Mit dem Ortschaftsrat könne man auch eine Anlage vor Ort besichtigen.

Es seien zwei Szenarien zu verfolgen, fasste **Herr Schönemann** zusammen. Entweder man vereinbare sich kurzfristig zu einem Sitzungstermin mit dem Ortschaftsrat in der kommenden Woche, um die Entscheidung fristgerecht herbeiführen zu können, oder man erreiche mit dem Landesverwaltungsamt einen Zeitaufschub und könne in der nächsten Ausschusssitzung die Beschlussfassung erneut aufrufen.

Das Gremium wurde zur Abstimmung über die Vertagung der Thematik aufgefordert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 1 : 0

Die Beschlussvorlage wurde **zurückgestellt**.

6.4. Maßnahmebeschluss Mosigkauer Schlosskinder Vorlage: DR/BV/167/2010/V-51

Die Beschlussvorlage wurde vom Einreicher **zurückgezogen**.

6.5. Maßnahmebeschluss "Schwarzer Weg" Vorlage: DR/BV/286/2010/VI-66

Einführungs- oder Rückfragebedarf bestand nicht.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

6.6. Ausbau der B 185 2. BA von Anhalter Straße bis Philipp-Müller-Straße **Vorlage: DR/BV/299/2010/VI-66**

Durch **Frau Jung, Tiefbauamt**, wurden einführend die Baumaßnahme und die Notwendigkeit des Planfeststellungsverfahrens – mit dem Landesverwaltungsamt als Planfeststellungsbehörde – erläutert.

Auf Nachfrage von **Herrn Göricke, Freie Wähler**, informierte **Frau Jung** zum letzten Abschnitt des Ausbaus der B 185, dessen Umsetzung abhängig von der Bereitstellung von Fördermitteln sei. Ziel der Verwaltung sei es, beide Abschnitte zeitgleich zu realisieren.

Ein Anschluss an die Streckenführung der B 6n sei in diesem Bereich nicht vorgesehen, erklärte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, auf Nachfrage von Herrn Hartmann, Fraktion der SPD. Die Anbindung erfolge weiter südlich.

Die Notwendigkeit des straßenbegleitenden Radweges in Breite eines Landwirtschaftsweges wurde in Anbetracht der Folgekosten für Unterhalt und Beleuchtung durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, kritisch hinterfragt. Seiner Meinung nach, könnte man die Radfahrer durch die Ortslage führen.

Die Radverbindung in Fortführung des bestehenden Radweges der Bundesstraße nehme mehrere Funktionen auf, so **Frau Jung**, sie diene der Erreichbarkeit der Landwirtschaftsflächen auf dieser Straßenseite und sei für die überörtliche Radwegeverbindung notwendig. Der bauliche Zustand der innerörtlichen Radwegverbindung ermögliche diese Verbindung nicht. Für den straßenbegleitenden Radweg gab der Ortschaftsrat ein positives Votum ab.

Seitens **Herrn Göricke** wurde die Zustimmung des Ortschaftsrates bestätigt und die vorgestellte Variante favorisiert.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

6.7. Bituminöser Hocheinbau als Lärminderungsmaßnahme in der Berliner Straße im Stadtteil Roßlau **- Novellierung Maßnahmebeschluss -** **Vorlage: DR/BV/331/2010/VI-66**

Als Begründung für die Notwendigkeit der Novellierung des Maßnahmebeschlusses benannte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, Präzisierungen auf der Grundlage der Vorplanung.

Die Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, nach dem für die Deckschicht geplanten Material, erläuterte **Herr Unger, Tiefbauamt**, dahingehend, dass kein grundhafter Ausbau sondern mit einer Asphaltdeckschicht eine Sanierung der bestehenden Decke erfolgt. Dabei werde lärmmindernder, feinkörniger Asphalt mit einer entsprechenden Gewährleistungsübernahme des Auftragnehmers zur Anwendung kommen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.8. Deckschichterneuerung und Umgestaltung der Albrechtstraße zwischen Roßlauer Allee und Wolfgangstraße - Novellierung Maßnahmebeschluss - Vorlage: DR/BV/335/2010/VI-66

Zur Ausführung der Deckschichterneuerung erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, einführend, dass dünnschichtiger Asphalt mit lärmmindernder Wirkung eingebaut werde.

Aus der Beschlussvorlage der Stadtratssitzung vom 19.08.2009 zitierend, hinterfragte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, die ursprünglich geplante Erneuerung der Radwege der Albrechtsstraße.

Dies sei das Ziel der Verwaltung gewesen, antwortete **Herr Pfefferkorn**. Zur Einbeziehung der Nebenanlagen in die Baumaßnahme habe es jedoch eine definitive Ablehnung des Fördermittelegers gegeben, so dass für die Radwege alternative Überlegungen angestellt worden.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, ergänzte, dass man nach einer Besichtigung des baulichen Zustands der Radwegeführung entlang der Albrechtstraße die finanziellen Möglichkeiten einer Erneuerung des stadtauswärtigen und eine Reparatur des stadteinwärtigen Radweges prüfen werde. Eine Finanzierung sei derzeit nicht gesichert, aufgrund der angespannten haushalterischen Rahmenbedingungen seien im Wettbewerb der Investitionsmaßnahmen entsprechende Entscheidungen des Gremiums nötig.

Ob neben den verkehrsorganisatorischen Änderungen, der teilweise einspurigen Fahrzeugführung, auch eine Geschwindigkeitsreduzierung und eine Verkehrsführung auf die Westumfahrung zur Entlastung der Innenstadt vorgesehen sei, fragte Herr **Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**.

Die Möglichkeit der Entlastung vom LKW-Durchgangsverkehr werde derzeit geprüft, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Die bereits durchgeführten verkehrsorganisatorischen Maßnahmen entlang der B 184n informierte **Herr Unger, Tiefbauamt**. Aufgrund der anliegenden Nutzungen müsse man Lieferverkehre in der Albrechtstraße auch künftig gewährleisten. Die vorgesehenen Abbiegespuren werden zu einer Entlastung beitragen. Die Einführung einer Geschwindigkeitsreduzierung sei nicht vorgesehen und auch nicht umsetzbar.

Auf Nachfrage von **Herrn Maloszyk, Fraktion der FDP**, zu dem Fall einer Vollsperrung der Autobahn, räumte **Herr Unger** ein, dass die Kapazität der Straße bei diesem Extremereignis überschritten sei. Mit Staus wäre zu rechnen.

Seitens **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde angeregt, die Parkstreifen dauerhaft abzumarkieren.

Im Zusammenhang mit der durch **Herrn Busch** aufgeworfenen Frage zur Berücksichtigung der Anmerkungen und Stellungnahmen der betroffenen Bürger, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass man den öffentlich erhobenen Vorwurf, man hätte die Stellungnahmen ignoriert, nicht stehen lassen könne. Das Ergebnis der Abwägung könne man gern ausreichen. Zum Inhalt der Stellungnahmen und Anregungen sowie den Begründungen zu den Abwägungen informierte **Herr**

Unger. Die Nichtberücksichtigung der Anregungen resultiere aus verkehrsorganisatorischen Belangen.

Über die entsprechende Pressemitteilung sei man sehr verärgert gewesen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Eine Offenlage sehe das Verfahren eigentlich nicht vor. Aus Gründen der Transparenz habe man sich für den Weg der Bürgerbeteiligung entschieden und die Anregungen eingehend geprüft. Die Kommunikation über die Presse sei wenig hilfreich und nicht zielführend.

Dem Hinweis von **Herrn Busch** zur Radwegführung auf der Kavalierstraße, setzte **Herr Maloszyk** entgegen, dass die Kavalierstraße nie über eine separate Radwegführung verfügt habe. Ein Vergleich mit der Situation entlang der Albrechtstraße sei nicht möglich.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

**6.9. Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die Straßenbaumaßnahme
Ostrandstraße 2. BA Ringschluss Dessau-Nord
Vorlage: DR/BV/325/2010/VI-66**

Eingangs bat **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, um eine Erläuterung der Notwendigkeit einer Trennung der Planfeststellungsverfahren.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, verwies auf nichtöffentliche Informationen, die den Stadträten vor der Beschlussfassung zur Kenntnis zu geben seien.

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde um 17.50 Uhr Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Die Öffentlichkeit der Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann** um 18:25 Uhr wieder hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

Fortsetzung der öffentlichen Behandlung zum TOP 6.9

Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die Straßenbaumaßnahme Ostrandstraße 2. BA Ringschluss Dessau-Nord Vorlage: DR/BV/325/2010/VI-66

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, erklärte – unter Bezugnahme auf die eingangs durch Herrn Otto geäußerte Frage zur Verfahrensweise, dass man aufgrund der räumlichen Trennung und der Unabhängigkeit der Verfahrensabläufe die Bauabschnitte in getrennten Planfeststellungsverfahren bearbeite.

Aufgrund des aktuellen Kenntnisstandes, erklärte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dass er sich in der Diskussion eingeschränkt fühle.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, protestierte gegen das ihm gegenüber ausgesprochene Mitwirkungsverbot bei der Diskussion.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 1 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, mehrheitlich bestätigt.

6.10. Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die Straßenbaumaßnahme Ostrandstraße 3. BA Zweite Muldebrücke Vorlage: DR/BV/326/2010/VI-66

Wegen der Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil, so **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, werde eine vernünftige Diskussion erschwert.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, verwies auf demokratisch zu fassende Beschlüsse in Fortführung der beschlossenen Verkehrsentwicklungsplanung.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 1 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, mehrheitlich bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

7.1.1. Standort ehem. Junkalor, Altener Straße

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde eingangs mit den Vermarktungsversuchen, der über GA-Mittel geplanten Gewerbeansiedlung, vorliegenden Beschlüssen und alternativen Überlegungen zur Nutzung, auf die bisherigen Entwicklungen eingegangen. Nach Beschlussfassung zum Moratorium habe man die Abrissarbeiten teilweise ausgesetzt und müsse nun über ein neues Nutzungskonzept befinden.

Nachdem das ursprüngliche Konzept in Richtung Bildung wies, werde nun eine andere konzeptionelle Ausrichtung eingeschlagen. Die Investitionskosten für die Tageslichthalle werden auf 6,5 Mio. € beziffert, wobei denkmalpflegerische Aspekte noch nicht berücksichtigt worden. Die Investition erfordere einen Landeplatz, was in einem B-Plan-Verfahren zu prüfen sei. Ein Investor werde in Aussicht gestellt, ein Finanzierungskonzept fehle.

Für die Prüfung der Statik der Hallenkonstruktion werden noch vier Wochen Bearbeitungszeit veranschlagt, ergänzte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Hinsichtlich der Tragfähigkeit des Finanzierungskonzepts und der Vorstellungen des Investors erwarte man im nichtöffentlichen Teil der Sitzung weiter gehende Informationen. Darüber hinaus sei die Form der künftigen Eigentumskonstellation zu klären.

Der Auftrag für die Abrissarbeiten sei erteilt worden, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Der neue Eigentümer müsse demnach die Vertragserfüllung bei Scheitern der Investition gewährleisten.

Die Förderung laufe zum Ende September 2011 aus, so dass zeitnah Baurecht herzustellen und im März/April 2011 mit der Erschließung des Geländes zu beginnen sei.

Man könne, so schlug **Herr Schönemann** vor, den Termin zur Sonderausschusssitzung am 20.10.2010 nutzen, eine Entscheidung herbei zu führen. Bis dahin seien alle offenen Fragen zu klären.

Auf Nachfrage von **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, ob, aufgrund der konkreten Sachlage, ein Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums gestellt wurde, erklärte **Frau Guth, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing**, dass das Regelverfahren einen Zeitraum von 36 Monaten vorsehe. Die Fristsetzung bis September 2011 sei definitiv, eine Verlängerung sei nicht möglich.

Fraglich sei daher, ob man noch vier Wochen Zeit habe, eine Entscheidung zu treffen. Sie müsse diese Frage mit Nein beantworten, da für die Erschließungsmaßnahmen im März/April 2011 jetzt für die laufende Vorplanung die Rahmenbedingungen zur Schaffung vermarktungsfähiger Parzellen festzulegen seien. Diese Parzellen seien mit ca. 5.000 bis 6.000 m² zu bemessen, das in Frage stehende Grundstück habe ca. 16.000 m². Deshalb sei die Entscheidung zum Verbleib der Halle jetzt nötig. Man bearbeite bereits eine beschleunigte Vorplanung, um die Gesamtmaßnahme nicht zu gefährden.

Zur Frage von **Herrn Mau, Fraktion der CDU**, nach der Höhe der Schadenersatzforderungen verwies **Herr Beigeordneter Hantusch** auf den nichtöffentlichen Teil.

Man werde heute den Investor hören, werde in den nächsten vier Wochen die Fragen der Statik und des Eigentums klären und eine Entscheidung für den 20.10.2010 vorbereiten, argumentierte **Herr Schönemann**.

Mit dem Verweis auf bestehende Beschlusslagen zum Abriss der Tageslichthalle und der Umsetzung der Rundbogenhalle, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Verwaltung keinen weiteren zeitlichen Spielraum einräumen könne und auf eine Entscheidung dränge.

Dieser Druck sei nicht nachvollziehbar, so **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**.

Das Ursprungskonzept sei nicht mehr relevant, wiederholte **Herr Beigeordneter Hantusch**, ein potentieller Investor werde ins Spiel gebracht, ein Finanzierungskonzept sei nicht dargestellt. Nach derzeitiger Sachlage und in Betrachtung der Entwicklung – von den think tanks über die Sommeruniversität bis zum neuen Investor – sei die Ursprungsidee vollständig vom Tisch. Die Verwaltung müsse die Mittel entsprechend den Regeln der EU verwenden.

Aufgrund der zu erwartenden Schädigung aller am Prozess Beteiligten, insbesondere des Investors, legte **Herr Mau** Protest gegen die Vorgehensweise ein. Diese Angelegenheit müsse im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

Herr Rumpf stellte die Frage in dem Raum, wie hoch die Kosten seien, wenn die Stadt in Alternativen – mit und ohne Investition – plane.

Durch **Herrn Schönemann** wurde um Rederecht für den Verein gebeten, um seine neue Arbeitsrichtung zu erläutern.

Dem wurde zugestimmt.

Man habe sich, so **Herr Tornack, Verein Industriekultur Hugo Junkers**, auf Inhalte festlegen müssen. Das Potential des Geländes sei immens, das Interesse seitens der Industrie belege dies. Das Ursprungsprojekt „denkwerk hugo junkers“ hätte mehr Mut und vieler Unterstützer bedurft. Er könne an dieser Stelle nur den Appell gegen den Abriss und für die Vermarktung der Hallen wiederholen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Entscheidung wurde zurückgestellt.

7.1.2. Bericht über die Prüfung der Reinigungszyklen zur Straßenreinigung lt. Prüfauftrag vom 15.09.2009

Mit dem Hinweis auf die ausgereichte Tischvorlage, erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, die Ergebnisse der Untersuchungen zum Prüfauftrag aus der Bauausschusssitzung vom 15.09.2009, wonach durch Änderungen der Reinigungszyklen der Straßenreinigung Einsparpotentiale zur Ergänzung der Leistungen im Winterdienst zu generieren waren.

Er stellte im Weiteren die untersuchten Alternativen in der Bemessung der Reinigungszyklen dar. Als Fazit sei zu ziehen, dass Einsparungen im Bereich der umlagefähigen Kosten der Straßenreinigung zu Lasten der nicht umlagefähigen Kosten in der Straßenentwässerung gingen. Er schlug vor, eine variable Änderung der Zyklen vorzunehmen. Eine Generierung von Mitteln zum Einsatz für den zusätzlichen Winterdienst sei nicht möglich.

Abschließend informierte Herr Pfefferkorn über die in Überarbeitung befindliche Winterdienstsatzung.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, der die Anfrage am 15.09.2009 gestellt hatte, konnte dem Ergebnis der Prüfungen nicht zustimmen. Beispielsweise könne man die Mahd der Straßenbegleiträume und Reinigung der Straßen besser aufeinander abstimmen. Für problematisch hielt Herr Otto die Tatsache, dass die Stadt selbst Anlieger an vielen Straßen sei.

Durch **Herrn Cirner, Tiefbauamt**, erfolgten im Anschluss Erläuterungen zur Finanzierung der Straßenreinigung durch Anlieger sowie bei Landes- und Bundesstraßen.

Weitere Rückfragen erfolgten nicht.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

7.2. Sonstige Anfragen und Informationen

Durch **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurden Fragen zum mangelnden Ablauf des Niederschlagswassers am Überweg Karl-/Marienstraße, zum baulichen Zustand der Mulde- und der Zerbster Brücke, zur Ausreichung der Mittel im Programm „Soziale Stadt“ sowie zum Stand der Investition in der Kantor-/Ecke Askanische Straße gestellt.

Die Prüfung einer Lösung zur Regenwasserableitung am Überweg Karl-/Marienstraße wurde durch **Herrn Cirner, Tiefbauamt**, zugesagt.

Zum baulichen Zustand der Mulde- und der Zerbster Brücke wurden durch **Frau Jung, Tiefbauamt**, folgende Informationen für das Protokoll nachgereicht:

Die Bauwerke haben aktuell folgende Zustandsnoten:

Bauwerk 11 - Muldebrücke B 185/Brücke des Friedens --> 4,0

Bauwerk 105, Teilbauwerk1 - Zerbster Brücke B 184 --> 3,0

Bauwerk 105, Teilbauwerk2 - Zerbster Brücke/Stützwand Nordost --> 3,0

Zustandsnoten können Werte zwischen 1,0 und 4,0 annehmen.

Hinsichtlich weiterer Sitzungen des Ausschusses im Jahr 2010 erfolgte die Abstimmung folgender Termine:

- **20.10.10, 16:30 Uhr, Bauhaus, Raum 211**
Sondersitzung Wirtschafts- und Bauausschuss
Themen: Besucher- und Ausstellungszentrum
Novellierung Maßnahmebeschluss Meisterhäuser
- **17.11.10, 16:30 Uhr, Rathaus Raum 228**
Terminverschiebung Bauausschuss
Ursprünglich: 04.11.10
- **01.12.10; 16:30 Uhr**, Ort wird dzt. geprüft
Zusätzlicher Sitzungstermin

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde in Bezug auf die mehrfach verschobene Behandlung des Besucher- und Ausstellungszentrums gefordert, in der Sitzung am 20.10.10 Informationen zu den Fördermöglichkeiten des Landes zu geben.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:20 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Im Anschluss wurde wieder Öffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 18.11.10

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste